

Juli 2018

MITTLINKS

Miteinander Leben,
Wohnen
& Arbeiten

DIE LINKE.

Fraktion in der
Bezirksversammlung HH-Mitte



Liebe Leserin, lieber Leser,



da ist sie wieder – unsere MITTLINKS!

Während wir am Beginn der Sommerferien diese Ausgabe fertigstellen, ist es schon fast Zeit, Bilanz zu ziehen: Im Mai 2019 werden die Mitglieder der Bezirksversammlung neu gewählt, und wir würden uns freuen, wenn wir die Wählerinnen und Wähler im Bezirk Hamburg-Mitte davon überzeugen können, ihre Stimme wieder oder erstmals der Partei DIE LINKE zu geben. Um Ihnen diese Entscheidung zu erleichtern, berichten wir in unregelmäßigen Abständen von Beispielen der Arbeit unserer Fraktion und der zugewählten Bürgerinnen und Bürger in den Ausschüssen der Bezirksversammlung.

Die Besetzungsliste der Ausschüsse können Sie im hinteren Teil dieser MITTLINKS-Ausgabe einsehen. Gerne nehmen wir auch Anregungen und Fragen entgegen. Wir sehen unsere Arbeit nicht als Selbstzweck, sondern wollen uns für das Miteinander-Leben, -Wohnen und -Arbeiten stark machen.



Abschied vom
Klosterwall
(Foto:
M. Fisch)

Nun also!

Der ursprünglich zum Herbst 2017 geplante Umzug des Bezirksamtes ist nun, ein halbes Jahr später, vollzogen. Auch die Bezirksversammlung ist im Mai in ihr neues Domizil im früheren Springer-Verlagsgebäude in die Caffamacherreihe eingezogen.

Die Übergabe der Räumlichkeiten am Klosterwall musste laut Vertrag spätestens Ende Juni 2018 erfolgen. Einerseits sind die vier Hochhäuser des City-Hofes, in dem seit 1958 die Bezirksversammlung tagte, marode, andererseits geht der Streit um den Denkmalschutz weiter. Die durch die Umzugsverzögerungen entstehenden Mehrkosten gehen – wie immer – zulasten der Steuerzahler. Ob durch den Umzug ein wirklicher Gewinn für die Bürgerinnen und Bürger entsteht, wird die Zukunft zeigen.

Zum Inhalt:

Ein für uns besonders ärgerliches Thema ist das scheinbar Schleifen der Beteiligungsgremien im Bezirk; dies ist deshalb besonders hervorzuheben, weil die SPD vor dem Beginn dieser Legislaturperiode das Gegenteil von dem angekündigt hat, was sie in den letzten vier Jahren dann wirklich praktizierte.

Ein »Vorzeigeprojekt« der SPD ist das Pilotprojekt »soziale Infrastruktur Horn«. Der Start in der Bezirksversammlung lässt leider nicht viel Gutes erwarten, was Transparenz und Teilhabe der Betroffenen angeht.

Ähnliches gilt für den Ausbau der U4 auf die Horner Geest und die Einrichtung eines neuen Sanierungsbeirates Billstedt-Zentrum.

Aus Finkenwerder berichten wir über »die kleine Elphi an der Startbahn West«, außerdem gibt es einen Beitrag zur Initiative gebührenfreie Anträge für die Einführung von Tempo 30-Zonen. Die Auseinandersetzungen um den Denkmalschutz in der »Freien und Abrissstadt Hamburg« am Beispiel der Schilleroper komplettieren diesmal unser Artikelangebot.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen!

Die Redaktion

Inhalt

Von der Wirklichkeit der Bürger*innenbeteiligung	4
Zur »Neuordnung« der Stadtplanung – von Steffen Leipnitz	
Beinahe hätte sich die SPD selbst entmachtet	6
Soziale Infrastruktur in Hamburg-Mitte – Pilotprojekt im Stadtteil Horn von Tilman Rosenau und Robert Biancofiore	
U4 im Hamburger Osten:	
Transparenz & Beteiligung bleiben wichtig	9
von Sandra Clemens	
Umgestaltung des Billstedter Zentrums:	
Aktiv werden, Einfluss nehmen!	11
von Wolfgang Strauß und Maureen Schwalke	
Die kleine Elphi an der Startbahn West	13
von Kerstin Fremder-Sauerbeck	
Antragstrickserei & unsere Reaktionen	16
Das Beispiel Tempo 30 – von Manfred Schubert	
Das Trauerspiel um die Schiller-Oper auf St. Pauli	19
von Heike Sudmann und Tilman Rosenau	
Unsere Mitglieder in den Ausschüssen und Beiräten der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte	21
DIE LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte	23

4 Von der Wirklichkeit der Bürger*innenbeteiligung

Zur »Neuordnung« der Stadtplanung

Die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte hat im Februar 2018 beschlossen, das Thema Stadtplanung anders zu ordnen. Nun wird es zwei Stadtentwicklungsausschüsse geben: Die Stadtteile Billstedt, Billbrook, Horn, Hamm, Borgfelde und Rothenburgsort werden dem Bereich Ost, St. Georg, Hammerbrook, Neustadt, Altstadt, Hafencity, St. Pauli, Veddel, Grasbrook, Wilhelmsburg und Finkenwerder dem Bereich Süd/West zugeordnet. Dafür entfällt der Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung. Warum DIE LINKE diesen Beschluss für falsch hält, erläutert Steffen Leipnitz.

Bürger*innenbeteiligung systematisch geschwächt

Aus meiner Sicht handelt es sich um eine systematische Schwächung der Bürger*innenbeteiligung wie auch der politischen Diskussionsmöglichkeiten in den Ausschüssen der Bezirksversammlung (BV). Diese Schwächung hat sechs Aspekte:

Zum ersten ist der Beschluss unter dem Gesichtspunkt der Schuldenbremse, also der finanziellen Kürzungspolitik, zu sehen. Es begann mit der zwanzigprozentigen Kürzung der Mittel für die nicht mehr aus dem Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) finanzierten Beteiligungsgremien in der BV. Diese erfolgte quasi als eine Art Weihnachtsgeschenk 2017; zwei Tage vor Heiligabend! Acht von elf Beteiligungsgremien, die nicht mehr aus RISE finanziert werden, wurden dadurch um mindestens eine Sitzung pro Jahr reduziert.



Demonstration auf der Langen Reihe, März 2014
(Foto: M. Joho)

Zum zweiten geht es um die Neustrukturierung selbst. Im Februar 2018 wurde mal eben die erwähnte Neuordnung der Ausschüsse durchgewunken, für deren Umsetzung die BV inzwischen einen Verwaltungsvorschlag beschlossen hat.

Und drittens ist die Folge dieses Beschlusses, dass er wie befürchtet die Sitzungshäufigkeit reduziert. Am Beginn der Wahlperiode stand die Aussage des damaligen Fraktionsvorsitzenden der SPD, des heutigen Bezirksamtsleiters Falko Droßmann, jeder Ausschuss solle mindestens zehnmal pro Jahr tagen. Die neu eingesetzten Ausschüsse sollen nun jeweils nur siebenmal tagen, eine Reduzierung um sechs Sitzungen pro Jahr.

Viertens ist absehbar, dass es einen Informationsverlust durch den Wegfall des Ausschusses für Wohnen und Stadtteilentwicklung (WS) geben wird. Bei den Themen, die den gesamten Bezirk betreffen, ist nicht klar, in welchem der zukünftigen Stadtentwicklungsausschüsse sie behandelt werden sollen.

Fünftens ist durch die »Neuordnung« ein erheblicher Zeitverlust entstanden: Der letzte WS-Ausschuss tagte am 5. April 2018, die neuen Stadtentwicklungsausschüsse traten erst Ende Juni zusammen. Die Folge ist, dass Empfehlungen aus sieben Beteiligungsgremien erst bis zu zwei Monate später einen Ausschuss der BV erreichten.

Und sechstens wird es weniger Betreuung der Beiräte durch das Fachpersonal aus der Verwaltung geben. Der WS-Ausschuss bot die Möglichkeit für Nachfragen an und zusätzliche Erläuterungen durch das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung. Das entfällt für alle Beteiligungsgremien, die zukünftig den Regionalausschüssen bzw. dem Cityausschuss zugeordnet werden. Wie die Betreuung dieser Gremien qualitativ aussehen wird, bleibt bisher nebulös, auf jeden Fall entfällt die bewährte Betreuung der Beiräte durch das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung.

Hinzu kommt, dass es nicht sinnvoll ist, kurz vor dem Ende der Legislaturperiode im Frühjahr 2019 noch eine neue Struktur einzuführen. Wenn man einen Handlungsbedarf erkennt, hätte man es der neu gewählten Bezirksversammlung überlassen sollen, sich über eine sinnvolle Struktur zu verständigen. Stattdessen wird nun eine unübersichtliche Übergangsphase geschaffen, die vermutlich bis zur Neuwahl der BV andauert.

Was muss sich ändern?

Die einmal gefassten Beschlüsse müssen auch tatsächlich von der Verwaltung umgesetzt werden, es muss sich aber auch die Haltung der Landesbehörden zu berechtigten Anliegen der Bürger*innen und der BV ändern. Die leider sehr häufig anzutreffende Haltung »geht nicht, gibt's nicht« trägt weiter zu Politikverdrossenheit bei. Die jetzt schon reduzierte Sitzungshäufigkeit der verschiedenen Gremien führt Empfehlungen häufig ad absurdum, wie folgendes Beispiel zeigt: Der Stadtteilbeirat St. Georg hatte im November 2017 gefordert, bis zur Errichtung einer Toilette am Hansaplatz zur Überbrückung Dixi-Klos

- 6 aufzustellen. Diese Forderung erreichte den WS-Ausschuss im Februar 2018, die zuständige Stadtreinigung entsprechend später. Fast ein halbes Jahr später wurde die Toilette errichtet, eine Überbrückungsmaßnahme gab es nicht.

Mittel- und langfristig braucht die BV mehr Kompetenzen. Direkt zuständig ist sie zurzeit nur für Jugendhilfe und Bauleitplanung, auf allen anderen Feldern verwaltet sie lediglich die von den Fachbehörden zugewiesenen Mittel. Der Quartiersfonds reicht nicht aus, um wirkliche Gestaltungsmöglichkeiten zu erzeugen. Die BV darf nicht länger in die Pflicht genommen werden, (Fehl-)Entscheidungen von Bürgerschaft und Senat nur umzusetzen und dafür die Prügel zu kassieren. Schließlich müssen die Beteiligungsgremien mit einem eigenen Haushaltstitel institutionalisiert werden. Die »Verfügungsfonds« müssen deutlich besser ausgestattet werden, um auch den Bürger*innen echte Gestaltungsmöglichkeiten zu eröffnen (Stichwort »Bürgerhaushalt«). Das könnte der Politikverdrossenheit bzw. den Ohnmachtsgefühlen der Bürger*innen entgegenwirken.

**Gestaltung
statt Politik-
verdrossen-
heit**

Steffen Leipnitz, Mitglied der Bezirksfraktion und im (ehemaligen) Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung, nunmehr Stadtplanungsausschuss Süd/West

Beinahe hätte sich die SPD selbst entmachtet

Soziale Infrastruktur in Hamburg-Mitte – Pilotprojekt im Stadtteil Horn

Am 26. Juni 2018 fand die Auftaktveranstaltung »Mittemachen – Zukunftsplan Soziales Horn« im großen Saal des Stadtteilhauses »Horner Freiheit« statt. Damit setzt das Bezirksamt Hamburg-Mitte einen Beschluss der Bezirksversammlung um, der zur Weiterentwicklung der sozialen Infrastruktur im Stadtteil Horn dienen soll. Ein Bestandteil ist die Beteiligung der Akteure im Stadtteil sowie der Zielgruppen der Einrichtungen in Horn. Doch sind damit wirklich alle Akteure eingebunden?

»Ziel des Projektes ist die Bereitstellung einer bedarfsgerechten, zeitgemäßen sozialen Infrastruktur, die gesellschaftlichen Wandel und daraus resultierende fachpolitische Änderungsbedarfe berücksichtigt«, wie es in einem Anschreiben des Fachamtes Sozialraummanagement heißt. In ihrem Antrag zur sozialen Infrastruktur hat die SPD allerdings die Gestaltungsmöglichkeit der Bezirksversammlung vergessen; die Parteien also nicht in dem Beteiligungsprozess mit eingebunden und letztlich (formal) sich selber aus ihrer eigenen Initiative ausgeschlossen. DIE LINKE hat dieses Versäumnis erkannt und für

**Alle Akteure
vor Ort
einbinden!**



Auf dem Stadtteilfest in Horn, 9.6.2018
(Foto: H. Singler)

Abhilfe gesorgt. Wir haben immerhin erreicht, dass in dem Antrag auch Vertreter*innen der Bezirksversammlung an den Planungen der Verfahrenssteuerung beteiligt sind. Ohne unsere Intervention auf der Bezirksversammlung vom 22.6.2017 wäre dies nicht gewährleistet.

Wir kümmern uns nun aktiv um das Pilotprojekt Horn und haben festgestellt, dass die Antworten auf unsere Fragen an die Verwaltung Ungereimtheiten zutage brachten. So ist es doch verwunderlich, dass der Antrag der SPD als Tischvorlage eingebracht wurde, denn am selben Tag (22.6.2017) fand das Fachgespräch zum geplanten Überplanungsprozess statt. Wie kann man einen Antrag am selben Tag einbringen, an dem eine Fachtagung mit den in Frage kommenden Einrichtungen stattfand? Auf unsere Frage an die Verwaltung vom 15.3.2018, welche Einrichtungen an dem Verfahren beteiligt werden sollen, ergab sich, dass die in die Verfahrenssteuerung einzubeziehenden Akteure ja am selben Tag schon beraten haben! Und dies, obwohl diese Fachtagung ausdrücklich auch Einrichtungen aus Billstedt einbezogen hat. Also fragten wir noch einmal nach, und die Antwort vom 17.4.2018 lautete: »Das erwähnte Fachgespräch fand unter dem Titel ›Sozialverträgliche Stadtteilentwicklung im Hamburger Osten‹ statt und richtete sich nicht ausschließlich an Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Horn, sondern auch aus Billstedt.« Die SPD beruft sich also auf eine Fachtagung, die gar nichts mit ihrem Antrag zu tun hat! Weiter: Sie beruft sich in ihrem Antrag ausdrücklich auf »die Horner Freiheit« und die dazu gehörende Stadtteilkonferenz. Dazu muss man wissen, dass beide nicht Teil der öffentlichen Einrichtungen sind, sondern von Horner Bürgerinnen und Bürgern über zwei Jahrzehnte hart erkämpft wurden. Nun will sich die SPD mit fremden Federn schmücken. In ihrem Antrag steht: »Die soziale Infrastruktur Horns ist einerseits durch mehrere ›traditionelle‹ Einrichtungen mit zielgruppenspezifischen Angeboten gekennzeichnet (z.B. Spielhäuser, Jugendzentren, Seniorentreffs). Die Einrichtungen halten teilweise vergleichbare Angebote vor, einige residieren in sanierungsbedürftigen Gebäuden und/

8 oder arbeiten ohne hauptamtliches Personal (Seniorentreffs). Andererseits ist in Horn mit der Horner Freiheit ein sog. Community Center entstanden, das erfolgreich fach- und zielgruppenübergreifend Angebote an einem Ort zusammenführt und als Blaupause für weitere vergleichbare Einrichtungen dienen könnte.« Im Klartext: Die SPD will sich alle Entscheidungen über die Zukunft der Einrichtungen vorbehalten. Auf unsere Nachfrage vom 17.4.2018 gab die Verwaltung folgende Antwort: »Die Einbeziehung der Stadtteilkonferenz Horn erfolgte im Zuge der Vorbereitung des geplanten Beteiligungsprozesses und diente dem Ziel, die Perspektive der in der Stadtteilkonferenz vertretenen Einrichtungen angemessen zu berücksichtigen.«

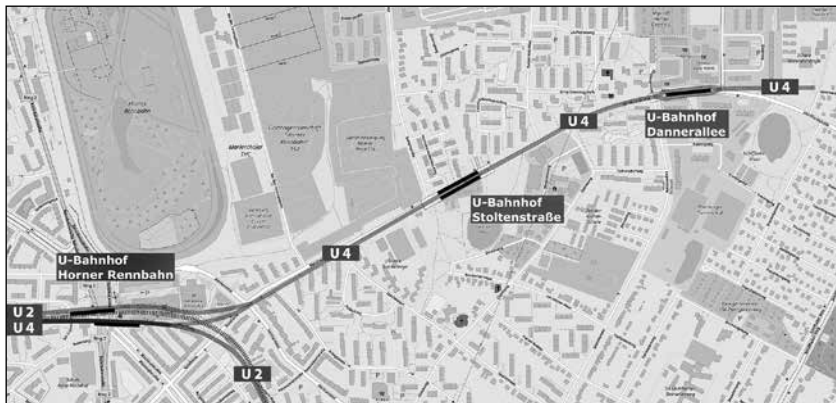
**Echte
statt vor-
gegaukelte
Beteiligung!**

Wir sehen hinter diesem Verfahren zwei Taktiken. Zum einen will die SPD ein Bürgerbeteiligungsverfahren vorgaukeln, und dies ist zugleich ein Eingeständnis, dass ihr über die Verwaltung laufendes Beteiligungsverfahren untauglich ist. Sie greift auf die Stadtteilkonferenz zurück, die nicht in die Verwaltungsstrukturen integriert ist. Zum anderen will die SPD weitere Kürzungsmaßnahmen durchführen und dies mit der blumigen Behauptung überdecken: »Vor diesem Hintergrund soll exemplarisch untersucht werden, welche Einrichtungen, Angebote und Maßnahmen in Horn noch zeitgemäß und wie die erforderlichen Ressourcen bedarfsgerecht umzustrukturieren sind.« Fassen wir zusammen:

- Die SPD gesteht ein, dass die soziale Infrastruktur nicht mehr zeitgemäß ist.
- Sie gibt zu, dass ihr eigenes Bürgerbeteiligungssystem nicht funktioniert.
- Sie missbraucht funktionierendes Bürger*innenengagement für ihre Zwecke.
- Sie setzt nur auf Effizienz und nicht auf den fachlich notwendigen Ausbau der sozialen Infrastruktur.
- Es findet keine vorausschauende partizipative bezirkliche Jugendhilfeplanung im Jugendhilfeausschuss statt.
- Die SPD kann sich darauf verlassen, dass die Linke dies nicht tatenlos hinnimmt.

Gleichwohl sehen wir auch, dass in der Sache dringender Handlungsbedarf besteht. Sinnvollen Vorschlägen stehen wir natürlich aufgeschlossen gegenüber. Eine transparente Beteiligungspolitik, die die sozialen Einrichtungen, die gewählten Politiker*innen und nicht zuletzt die Betroffenen selbst einbezieht, muss dabei aber gewährleistet sein. Wir wollen in erster Linie, dass die Stadtteile mehr Hilfen bekommen, die diese dringend nötig haben, und wir wollen nicht, dass fast nur diejenigen Einrichtungen aufrechterhalten werden, die Johannes Kahrs zu Diensten sind. Hätten wir die Entscheidungsgewalt, würden wir von den Bedürfnissen aller Anwohner*innen ausgehen. Der Staat stellt die Mittel, und die Menschen vor Ort entscheiden selbst über die Gestaltung und Verwendung der Ressourcen.

Tilman Rosenau, Regionalausschuss Billstedt, und **Robert Biancofiore**, Stadtplanungsausschuss Ost



Verlängerung der U4 in Richtung Horner Geest (Grafik: Florian/OpenStreet-Map)

U4 im Hamburger Osten: Transparenz & Beteiligung bleiben wichtig

Voraussichtlich Ende 2019 soll es losgehen: Die U4 soll in die Horner Geest hinein verlängert werden. Die Hochbahn hat ihre Planungen abgeschlossen, noch in diesem Sommer will das Unternehmen den Antrag für die Baugenehmigung bei der Planfeststellungsbehörde einreichen. Rund 13.000 Menschen sollen künftig an das U-Bahn-Netz angeschlossen werden. Das klingt zunächst gut. Doch was bedeutet es für die Betroffenen? Und sind diese ausreichend informiert?

Als LINKE begrüßen wir grundsätzlich den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel, vor allem, da bei diesem Projekt endlich mal Anwohnerinnen und Anwohner aus einem weniger prestigeträchtigen Viertel Zugang zur U-Bahn bekommen. Zudem wird auch in Horn immer wieder über die Verkehrsbelastung durch den Pkw-Verkehr geklagt und die Buslinien wie der 261er Bus sind zu Stoßzeiten überausgelastet oder stecken im Stau.

Der Inbetriebnahme der neuen U-Bahn-Strecke geht jedoch eine lange Bauphase mit mehreren Bauabschnitten voraus, die den direkten Anwohnerinnen und Anwohnern sowie Gewerbetreibenden einiges abverlangen wird: durch Baulärm, Straßensperrungen sowie die phasenweise Sperrung der U-Bahn-Haltestelle Horner Rennbahn. Auch die Natur muss dran glauben, denn der neuen Strecke stehen vor allem an der Manshardtstraße mehr als 700 Bäume im Weg. Somit ist der Informationsbedarf entsprechend hoch. Experten der Hochbahn stellten sich in den vergangenen Jahren immer wieder Fragen von Bürgerinnen und Bürgern. Wie eine Anfrage unseres Bürgerschaftsabgeordneten Mehmet Yildiz vom März 2018 ergab, waren dies bis Ende 2017 folgende Veranstaltungen:

10 »Die HOCHBAHN hat folgende öffentliche Veranstaltungen zum U-Bahn-Netzausbau U4 Horner Geest durchgeführt:

- Auftakt-Veranstaltung am 14. Juli 2016
- Planungswerkstatt am 29. November 2016
- Stadtteilrundgang am 20. Mai 2017
- Workshop zum Thema Architekturwettbewerb am 4. Dezember 2017«

Zudem kamen Vertreter der Hochbahn im Jahr 2017 in den Regionalausschuss Hamm/Horn/Borgfelde/Rothenburgsort, um Fragen der Ausschussmitglieder zu beantworten. Wir wollten dort vor allem wissen, ob nicht alternativ daran gedacht worden sei, die Strecke unterirdisch zu bauen statt in offener Bauweise. Möglicherweise wären die Einschränkungen in der Nachbarschaft geringer ausgefallen und es hätten mehr Bäume geschont werden können. Laut Hochbahn ist die Strecke jedoch aus Kosten- und technischen Gründen nicht für eine Tunnelbohrmaschine geeignet.

Trotz der öffentlichen Informationsveranstaltungen scheint es viele Unsicherheiten bei den Hornerinnen und Hornern bezüglich der Planungen zu geben. So wurde DIE LINKE bei einer Veranstaltung von Aktiven in Billstedt mit dem Thema »Mut gegen Armut« im März 2018 gebeten, eine Anfrage zu diesem Thema zu stellen, da der Stand der Planungen nicht bekannt sei. Die oben genannte Anfrage wurde daraufhin ausgearbeitet. Offensichtlich wird es weiterhin sehr wichtig sein, Institutionen, Vereine sowie Ortsansässige fortwährend mit Informationen zu versorgen und ihre Bedenken ernst zu nehmen. Transparenz bleibt das Gebot, vor allem was die Kostenfrage angeht: Schließlich bleibt zu hoffen, dass wir nicht wieder ein blaues Wunder erleben müssen wie bei der neuen Haltestelle an den Elbbrücken, die knapp 14 Millionen Euro teurer als geplant ausfallen wird. Schon jetzt werden laut Senat die Kosten für die 2,6 km lange Strecke der U4 zur Horner Geest mit 465 Millionen Euro für Planung und Bau veranschlagt.

Transparenz
vor Ort
schaffen

Sandra Clemens, Regionalausschuss Horn/Hamm/Borgfelde/Rothenburgsort

Anfrage der LINKEN zum Planungsstand U4

<https://kleineanfragen.de/hamburg/21/12477-auswirkungen-fuer-die-horner-freiheit-und-die-anwohnerinnen-horns-durch-den-ausbau-der-u4>

Die **Planungsunterlagen** sowie eine Ansprechpartnerin für **Rückfragen** finden Interessierte hier: www.hochbahn.de/hochbahn/hamburg/de, Reiter: »Nächster Halt«



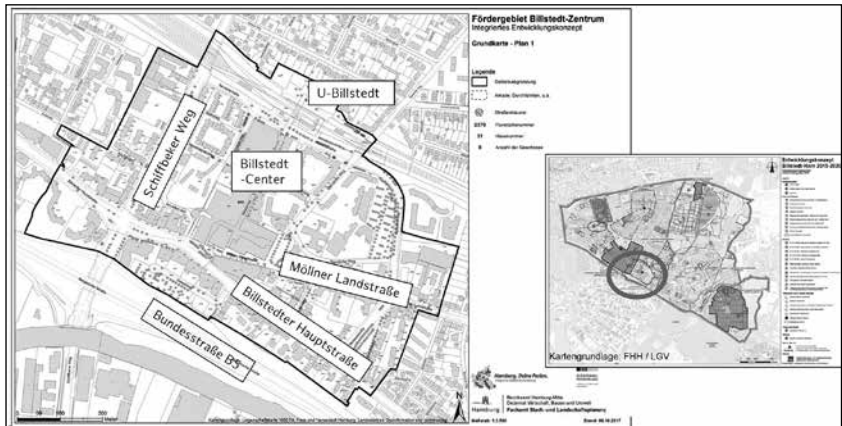
Einkaufszentrum Billstedt von der Billstedter Hauptstraße aus gesehen (Foto: M. Schwalke)

Umgestaltung des Billstedter Zentrums: Aktiv werden, Einfluss nehmen!

Am 11.4.2018 wurde im Kulturpalast in Billstedt das Konzept zur »Umgestaltung der Billstedter Hauptstraße/Velorouten 8 und 14« vorgestellt. Vor Ort gibt es viel zu tun für eine Verbesserung – DIE LINKE unterstützt die Bürgerinnen und Bürger bei der kritischen Beteiligung.

Die Idee für die Umgestaltung ist fast zehn Jahre alt und begann damals, als Pilotphase, mit der Verengung der Billstedter Hauptstraße zwischen den Kreuzungen Schiffbeker Weg und der Kreuzung Reclamstraße. Die Verengung der Billstedter Hauptstraße erfolgte durch die Verlegung der Radfahrwege auf die Fahrbahn, wobei sich auf der rechten Seite des Radfahrweges teilweise Parkstreifen befinden. In der Anfangsphase war zu beobachten, dass der Radfahrstreifen durch illegal parkende oder haltende PKW zugestellt war, sodass Radfahrer auf die Fahrbahn ausweichen mussten und somit eine Gefährdung durch den Autoverkehr bestand. Unsere Fraktion im Regionalausschuss Billstedt erreichte damals durch einen Antrag, dass das Parken auf den Radfahrwegen durch das Polizeikommissariat 42 besser überwacht wurde und so diese Gefährdung deutlich reduziert werden konnte.

Jetzt endlich soll das Zentrum Billstedt weiter umgestaltet werden. Das in der Abbildung auf S. 12 dargestellte Gebiet wird zum RISE Fördergebiet (Sanierungsgebiet) erklärt. Das Projekt soll durch einen Sanierungsbeirat ab Mitte



Räumliche Abgrenzung des Sanierungsgebiets (Abbildung: Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung)

2018 begleitet werden. Wir werden uns aktiv in diesem Beteiligungsgremium einbringen. Es ist aber genauso wichtig, dass die Anwohnerinnen und Anwohner selbst ein Forum haben, um ihre eigenen Vorstellungen vorzutragen.

Wir stellen deshalb im Folgenden die Ziele dieses Projekts, wie es nach Vorstellungen des Bezirksamtes Hamburg-Mitte verwirklicht werden soll, vor:

- Stärkung der Versorgungsfunktion und Entwicklung des Billstedter Zentrums zu einem belebten Mittelpunkt.
- Qualifizierung als Wohnstandort durch gezielte Modernisierung des Wohnungsbestandes und den Ausbau eines differenzierten Wohnungsangebots durch einen zeitgemäßen und bedarfsgerechten Wohnungsneubau.
- Steigerung der Aufenthaltsqualität im Zentrum durch attraktive öffentliche Räume.
- Wohnungsbauentwicklung »Geesthang« auf der Grundlage eines Bebauungsplanes
- Neuordnung Postfläche Möllner Landstraße 47/49
- Begleitung weiterer privater Bauvorhaben auf Teilflächen

In der Abbildung auf S. 13 sind die ersten geplanten Maßnahmen zusammengestellt. Da der Sanierungsbeirat bislang noch nicht getagt hat, bleibt es spannend, inwieweit die Planungen der Verwaltung realisierbar sind. Wir müssen diese jedenfalls kritisch begleiten.

**Planungen
kritisch
begleiten**

Schon in der Vergangenheit erwiesen sich der noch bestehende Sanierungsbeirat Mümmelmannsberg sowie die Quartiersbeiräte Jenkelweg/Archenholzstraße und der Forumsbeirat Billstedt/Horn als gute Möglichkeit der Einflussnahme auf geplante Veränderungen im Stadtteil und den regionalen Gebieten bzw. auf noch folgende geplante Projekte durch die Anwohner*innen und die sie politisch unterstützenden Begleiter*innen. Wir setzen uns insbesondere für den sozial geförderten Wohnungsbau im ersten Förderweg und somit für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ein. Wir fordern,

Maßnahmenplan Billstedt-Zentrum



Die zentralen Handlungsfelder des IEK

- Städtebauliche Strukturen
- Wohnen, lokaler Wohnungsmarkt und Wohnungswirtschaft
- Wohnumfeld und öffentlicher Raum
- Lokale Ökonomie
- Umwelt und Verkehr

Schwerpunkte unserer Bearbeitung 2018

1. Umbau der Billstedter Hauptstraße – Reclamstraße (zwischen Am Alten Zoll und Öjendorfer Weg) im Zusammenhang mit den Velorouten 8 + 14
2. Prüfen einer Kreisverkehrslösung an der Kreuzung Reclamstraße / Möllner Landstraße
3. Planungen für eine ‚Piazza‘ am Westeingang zur Fußgängerzone
4. Planung des Abbruchs der Fußgängerbrücke über die Billstedter Hauptstraße
5. Planung der Veloroute 8 im Abschnitt Horner Landstraße bis Am Alten Zoll durch den Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer (LSBG)
6. Erstellung eines Parkraumkonzeptes (Stellplatzanalyse, künftige Bedarfe und Lösungsvorschläge) für Billstedt-Zentrum und Umgebung

(Abbildung:
Fachamt
Stadt- und
Landschafts-
planung)

dass im Rahmen neuer Bebauungspläne mindestens 50% geförderter Wohnraum festzuschreiben ist.

Es bleibt zu hoffen, dass sich im neu gegründeten Sanierungsbeirat für Billstedt ebenso viele und engagierte Anwohner*innen einfinden, und wir möchten Sie noch einmal herzlich dazu aufrufen und einladen, sich dort mit uns zusammen an neuen Planungen für Billstedt zu beteiligen. Wir von DIE LINKE freuen uns sehr auf Sie alle!

Wolfgang Strauß und Maureen Schwalke, Regionalausschuss Billstedt

Die kleine Elphi an der Startbahn West

Mit großen Versprechungen hatten sich die Finkenwerder ködern lassen, als es um den Bau des Airbus Dienstleistungszentrums ging. Alle? Nicht alle, aber doch ein relevanter Teil. Wie es dazu kam und wer von dem Großprojekt letztlich profitiert, schildert Kerstin Fremder-Sauerbeck.

Es wurde eine Drei-Feld-Sporthalle versprochen und dafür bereits dem ansässigen Sportverein weitgehende Nutzungsmöglichkeiten zugesagt. Ein Lebensmittelladen für den Finkenwerder Westen, Fachärzte, mehrere Einzelhändler, eine Kita, ein Hotel und vieles mehr. Und alles sollte der Finkenwerder Bevölkerung zugutekommen. Und wofür? Damit der große Konzern, die graue Eminenz – Airbus – in Finkenwerder seinen Interessierten, Besuchern und Kun-

**Ein Geschenk
für Finken-
werder?**

Finkenwerder-Nord
Airbus Dienstleistungszentrum am Neßdeich



(Abbildung:
 Fachamt
 Stadt- und
 Landschafts-
 planung/pps)

den ein ansprechendes Besucherzentrum, eine Aussichtsterrasse mit Blick auf das Werksgelände mit angeschlossener Gastronomie und hochwertige Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen kann.

Als der Regionalausschuss Finkenwerder bzw. dessen Unterausschuss Bau zum ersten Mal mit diesem Vorhaben konfrontiert wurde, war der erste Schritt, ein Ideenwettbewerb unter diversen namhaften Planungsbüros, bereits abgeschlossen, und dem Ausschuss wurden die drei aus Airbus' Sicht gefälligsten Entwürfe vorgestellt. Da dem zu bebauenden Gelände, das sich zum Teil noch in privatem Besitz, zum Teil im Besitz der Freien und Hansestadt befindet, ein Wohngebiet gegenüberliegt, sprach sich die Fraktion Die LINKE unter dem Vorzeichen »wenn überhaupt ...« für den niedrigsten und kleinteiligeren Entwurf aus. Auch im Ausschuss zog insbesondere das Argument der Sporthalle, denn Sportflächen sind auf Finkenwerder, wie im Rest von Hamburg-Mitte, Mangelware.

Alle anderen Fraktionen entschlossen sich nach und nach, dem von Airbus favorisierten Entwurf zuzustimmen, der in der Draufsicht einem Flugzeugpropeller ähnelt und aus Gründen der Flugsicherheit zur Straße hin höher ist und zur Start- und Landebahn abflacht. Durch die Propellerform sollte die Straßenfront allerdings aufgelockert erscheinen und es wurde angeregt, aus Gründen der gegenüberliegenden Wohnbebauung, die Höhe noch einmal zu verändern. Bereits in diesem ersten Entwurfsstadium war durch durchgehende horizontale Fassadenelemente eine Ähnlichkeit mit dem im Rahmen der Internatio-

nenalen Bauausstellung Hamburg 2013 errichteten Gebäude der damaligen Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt in Wilhelmsburg unverkennbar. Zur Frage der zu bebauenden Fläche wurde erklärt, dass die Flächen durch den Bauträger, ein selbstverständlich unabhängig von Airbus agierendes Investorenkonsortium, erworben werden müssen, wobei auf die Kooperation der Hansestadt gesetzt werde, da weite Teile des »Dienstleistungszentrums« ja der Bevölkerung offenstehen sollen. Dem Baurecht sollte durch einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan Genüge getan werden.

Die Finkenwerder Ausschüsse nahmen diese Planungen nicht kritiklos, aber doch weitgehend wohlwollend zur Kenntnis. Der Stadtplanungsausschuss der Bezirksversammlung beschloss dann im Rahmen der Einleitung des Bebauungsplanverfahrens bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE schließlich, den von Airbus favorisierten Entwurf zu verfolgen – auch dies unter dem Vorzeichen der Sporthallen-Schaffung.

Im Februar 2018 fand dann eine öffentliche Plandiskussion statt, die Airbus aus Transparenz- und Werbungsgründen tatsächlich mit vorangetrieben hat. Dort wurde der leicht veränderte und den Wünschen der Ausschüsse geringfügig angepasste aktuelle Entwurf vorgestellt, wie er auch in das Bebauungsplanverfahren eingeflossen ist. Dabei wurde gleich zu Anfang erwähnt, dass es leider aus Kostengründen nicht möglich sei, die geplante Sporthalle zu unterhalten, und deswegen darauf verzichtet werde.

Dafür soll das ohnehin geplante Fitnessstudio etwas größer werden, das zu betreiben der örtliche Sportverein wegen der hohen Pacht- und Unterhaltskosten aber abgesagt hat. Nun wird ein Betreiber für diese Fläche gesucht, die als Sport-, Fitness- und Gesundheitseinrichtung beworben wird und weitgehend auch den Airbus-Mitarbeitern zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft für den Konzern dienen soll. Weiterhin geplant ist eine Supermarktfiliale mit Frischetheke, ein Restaurant mit großer Aussichtsterrasse, eine Kita mit Außenspielfläche, ein Hotel, ein Backshop, ein Reisebüro, eine Postfiliale und Paketstation, eine Tiefgarage, die knapp genügend Plätze für die dort Beschäftigten, nicht aber etwa für Kunden oder Hotelgäste bietet, und einiges andere. Von Fachärzten ist allerdings gar keine Rede mehr. Außerdem sollen für Airbus ein Empfangsbereich, ein Besucherzentrum mit Werksführungen, eine Ausstellungsfläche, ein Airbus-Shop, Bürobereiche, eine Krankenkassenfiliale und weitere Shops und Services entstehen. Zudem wird das Hotel vermutlich auch hauptsächlich für Airbus-Interessen genutzt.

Airbus-Interessen haben Vorrang

Kritik gab es in der Plandiskussion haufenweise: an der Absage für die Sporthalle, an der Fünfgeschossigkeit des Komplexes zur Straße hin, die durchaus massiv auffällt und dem Straßenzug eine völlig neue Ansicht aufdrückt, auch wenn die beiden oberen Stockwerke leicht nach hinten zurückgesetzt werden, an der Lage der Kita, an fehlenden Parkflächen sowie und vor allem am zu erwartenden zusätzlichen Verkehr. Wer zu Stoßzeiten mit dem Auto durch Fin-

- 16 kenwerder fährt, weiß bereits jetzt, dass Stehen eher der richtige Ausdruck dafür ist. Nun wird mit weiteren Verkehren durch den Ort gerechnet.

Deutlich kritikwürdiger finden wir allerdings die Lage von Kita und Hotel in dem Komplex. Wer sich nämlich wundert, wieso das Hotel nun ausgerechnet zur Straße hin gebaut wird, wo doch die Aussicht weder anregend noch interessant ist, dem sei erklärt, dass im Gegenzug die Kita auf die Seite der Start- und Landebahn geplant wurde, mit einer weitläufigen Außenspielfläche auf dem Dach des eingeschossigen westlichen Flügels.

**Ruhe für
Hotelgäste,
Kerosin für
Kita-Kinder**

Im Klartext: Während die Hotelgäste in Stockwerk drei und höher an der nachts völlig ausgestorbenen Straße friedlich schlummern, werden die Kita-Kinder auf der Außenspielfläche dem Lärm der tagsüber stattfindenden Starts und Landungen sowie lärmintensiven Turbinentests mit Feinstaub-, Kerosin- und sonstigen Emissionen ausgesetzt. Das kommt der ansässigen Bevölkerung sehr zugute, fehlen doch jede Menge Kita-Plätze. Und so wird sich sicher ein Träger finden, der dies verantwortet, und verzweifelte Eltern, denen keine andere Wahl bleibt.

Und der Rest? Es stehen so viele Ladenlokale in Finkenwerder leer, dass alle geplanten und für die Bevölkerung offenstehenden Attraktionen auch andernorts eine Bleibe finden würden. Dann aber wären sie nicht für die 12.000 Airbus-Mitarbeiter direkt vor Ort und vom Firmengelände aus in der Mittags- oder Kaffeepause, vor Arbeitsbeginn oder zum Feierabend zugänglich. Hier kann damit gerechnet werden, dass die beiden Vollsortimenter und der Discounter im Finkenwerder Zentrum erhebliche Einbußen spüren werden. Deshalb wird derzeit mit beiden Vollsortimentern über den Betrieb der Airbus-Filiale verhandelt, die dann tatsächlich den Bedarf eines Lebensmittelladens im Finkenwerder Westen abdeckt. Das rechtfertigt selbstverständlich den Bau des riesigen massiven Komplexes gegenüber einem Wohngebiet und auf öffentlichem Grund. Cui bono? – Wem nützt es?

Kerstin Fremder-Sauerbeck, Regionalausschuss Finkenwerder

Antragstrickserei & unsere Reaktionen

Das Beispiel Tempo 30

Es gehört zu den Aufgaben von Politik und Verwaltung, den Menschen in den Städten eine reine Luft und möglichst wenig Lärm in ihrer Wohnumgebung zu sichern. Welche Hürden sich hierbei durch das Verhalten der SPD bei Anträgen der LINKEN und den Umgang der Verwaltung ergeben, berichtet Manfred Schubert.

Wenn die Belastungen der Luft zu hoch und somit gesundheitsschädigend werden, dann können die Anwohnerinnen und Anwohner auf Einhaltung der vorgegebenen Richtwerte bestehen.

Um hierfür Argumente liefern zu können, gibt es die Möglichkeit, sich über tatsächliche Messergebnisse zu informieren. Wenn diese die zulässigen Werte überschreiten, kann jede Frau und jeder Mann eine Verbesserung einfordern. Diese könnte z.B. durch Temporeduzierungen für LKW- und PKW-Verkehr erreicht werden. Geregelt werden diese Maßnahmen im § 45 der Straßenverkehrs-Ordnung.

Der ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrrad Club) hat in einer groß angelegten Aktion darüber berichtet und daraufhin haben circa 340 Personen einen Antrag auf verkehrsbeschränkende Maßnahmen (Tempo 30) bei der zuständigen Behörde für Inneres und Sport eingereicht.

Die Behörde muss diese Anträge prüfen und dann eventuell auch die Prüfergebnisse umsetzen. Nach zehn Monaten reagierte die Behörde – und kündigte auch sofort Gebühren für ihre Arbeit an. Offiziell muss die Behörde innerhalb von drei Monaten reagieren. Weit nach Ablauf dieser Frist bekamen die Antragsteller*innen mitgeteilt, dass sie bis zu 360,00 Euro bezahlen müssen, falls sie ihre Anträge zur Einführung von Tempo-30-Zonen aufrechterhalten wollen.



Anträge gegen Bares?
(Foto: Christoph Scholz, flickr/©)

Die LINKE reichte daraufhin in der Bezirksversammlung einen Antrag ein. Dieser wurde zunächst in den Umwelt- und Verkehrsausschuss überwiesen; dort von der SPD/Grüne-Koalition »in dieser Form« abgelehnt. Woraufhin die Koalition einen praktisch gleichwertigen Antrag einbrachte und DIE LINKE fragte, ob sie mit auf diesen Antrag als Antragstellerin drauf will. Wir wollten. Es geht uns ja um die Sache! In dem Antrag wird gefordert, die Überprüfung der eingereichten Anträge ohne Bezahlung durch die Antragsteller*innen vorzunehmen. Das ist problemlos möglich, weil die Behörde Gebühren erheben kann, aber nicht muss. Hier die Reaktion der Behörde:

»Die Behörde für Inneres und Sport nimmt zu dem Beschluss mit Schreiben vom 05.03.2018 wie folgt Stellung:

Lärminderung und Luftreinhaltung im Verkehr sind wesentliche Ziele des Senats. Dies bringt auch der Koalitionsvertrag zum Ausdruck.

Der Senat hat daher eine Fortschreibung des Luftreinhaltungsplans für Hamburg im Sommer beschlossen. Damit der NO_2 -Jahresmittelgrenzwert in Hamburg schnellstmöglich eingehalten wird, werden entsprechende Maßnahmen nunmehr initiiert. Um eine Minderung der Lärmbelastung in Hamburg zu er-

Tempo reduzieren gegen schlechte Luft & Lärm

- 18 reichen, wird der Senat zudem den bestehenden Lärmaktionsplan weiter umsetzen. Insofern kommt der Senat seinen Verpflichtungen nach.

Unabhängig hiervon besteht für Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, durch die Stellung eines Antrages eine konkrete und bevorzugte Prüfung auf Lärmschutzmaßnahmen in ihrem individuellen Bereich vornehmen zu lassen, auch wenn der Lärmaktionsplan hier aufgrund vorliegender Daten keine Priorität begründet.

Das Gebührenrecht begründet grundsätzlich die den Behörden entstehenden Aufwände, jedoch nicht die Wohnorte und eine damit möglicherweise verbundene soziale Benachteiligung.«

Wie häufig, so auch hier: Die zuständige Behörde geht in ihrer Antwort fast gar nicht auf den Inhalt des Antrages ein und lehnt diesen inhaltlich gerade einmal in einem Nebensatz ab. Wenn der Senat die Beteiligung der Bürger und die Umsetzung ihrer Rechte ernst nehmen würde, dann wäre die Antwort anders ausgefallen, denn jederzeit könnten solche Anträge ohne Gebührenbescheide überprüft und umgesetzt werden. Nachdem der Senat in Hamburg erste Fahrverbote für dieselbetriebene Fahrzeuge mit zu hohem Schadstoffausstoß verkündet hat, beantragte die Fraktion Die LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte in einem weiteren Antrag zum Thema die Überprüfung der in der ADFC-Liste benannten zehn Straßen im Bereich Hamburg-Mitte auf mögliche Belastungen von Feinstäuben, Radabrieben und Lärm, um unter Einbezug dieser Messergebnisse dann zu prüfen, ob es sinnvoll sei, diese Straßen in sogenannte Tempo-30-Zonen umzuwandeln. Das wäre sicherlich sinnvoller, als weitere Straßen für Dieselautos zu sperren.

Eine Temporeduzierung bedeutet eine sofortige Wirkung bei den Belastungen der Anwohnerinnen und Anwohner durch die Verringerung von Lärm. Außerdem wird die Verlagerung in andere Straßen und dadurch bedingt die Steigerung der gesundheitsschädigenden Feinstäube und Lärmemissionen durch längere Fahrten verhindert. Wie auch immer die Messwerte ausfallen werden, es ist zu erwarten, dass die Geschwindigkeitsreduzierungen nicht kommen werden. Zum einen handelt es sich um einen Antrag aus der Opposition und wird deshalb gerne abgelehnt. Zum anderen ist es eher Senatspolitik, ein Fahrverbot zu verhängen, um so zu erreichen, dass ältere Dieselfahrzeuge abgeschafft werden. Die LINKE wird am Ball bleiben und angemessen reagieren.

Nun ist erst einmal Sommerpause und der Umwelt- und Verkehrsausschuss wird unseren neuen Antrag erst auf der Septembersitzung behandeln. Mal sehen, wie die Koalition diesmal reagieren wird.

Manfred Schubert, Regionalausschuss Wilhelmsburg-Veddel sowie Umwelt- und Verkehrsausschuss

**Beteiligungs-
rechte ernst
nehmen**

Das Trauerspiel um die Schiller-Oper auf St. Pauli

Die Schiller-Oper, ein früherer Zirkusbau mit einer in Europa mittlerweile fast einmaligen Stahlkonstruktion, wird seit Jahrzehnten von den wechselnden privaten Eigentümer*innen dem Zerfall anheim gegeben. DIE LINKE setzt sich für den Erhalt dieses Denkmals ein – sowohl auf Bürgerschafts- als auch auf Bezirksebene, wobei letztere (auch) beim Denkmalschutz zunehmend entmachteter wird.

Obwohl das Denkmalschutzgesetz auch private Eigentümer*innen zum Erhalt eines Denkmals verpflichtet, passierte bei der Schiller-Oper bisher so gut wie nichts. Einzig sichtbares Ergebnis sind die Pläne für eine Neubebauung, die der Eigentümerin bei massiver Überschreitung des Baurechts enorme Gewinne in bester Kiezlage bringen würden.

Diese Pläne stellte im Juli 2017 der Bezirksamtsleiter von Hamburg-Mitte, Falko Droßmann, der Öffentlichkeit vor. Droßmann übernahm dabei auch die Rolle der Eigentümerin, die sich in der Öffentlichkeit nicht zeigen wollte. Fragen zum Denkmalschutz wurden an dem Abend ausgeklammert, vielmehr wurde auf die Erarbeitung einer gutachterlichen Stellungnahme verwiesen, die zwei bis drei Monate später vorliegen sollte.

Es sollte dann bis Anfang April 2018 dauern, bevor die Stellungnahme fertig war. Galt im letzten Jahr noch, dass »extrem frühzeitig« Transparenz geschaffen werden sollte, wurden bis heute der Öffentlichkeit die Inhalte der Stellungnahme vorenthalten. Nur der »Schiller-Oper-Initiative« ist es zu verdanken, dass die Bewertungen der Gutachter*innen nun das Licht der interessierten Welt erblickten. Ein dringender Handlungsbedarf wird festgestellt, wenn der kritische Zustand der Stahlkonstruktion sich nicht weiter verschlechtern soll. Noch ist der Erhalt möglich.

Die von der Schilleroper-Initiative gestartete Petition zu Erhalt und Sanierung des Zirkusbaus sowie einer stadtteilbezogenen ergänzenden Bebauung und Nutzung erbrachte über 5.000 Unterschriften unter ihrer Petition, die anlässlich der Eröffnung des neuen Bezirksamtes am 21. Juni 2018



Kein Ruhmesblatt – Schiller-Oper auf St. Pauli (Foto: Pilot Pirx)

20 in der Bürgersprechstunde der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte den Abgeordneten übergeben wurde. Die Bezirkspolitik und das Denkmalschutzamt werden darin aufgefordert, endlich den Verfall zu stoppen.

Vor diesem Hintergrund hat DIE LINKE auf der Bürgerschaftssitzung am 27. Juni einen Antrag eingebracht, in dem der Senat aufgefordert wird, einzuspringen, sollte die Eigentümerin nicht innerhalb einer kurzen Frist die notwendigen Maßnahmen zur Erhaltung des Denkmals Schiller-Oper ergreifen. Wie vor einigen Jahren bei der »Säulenvilla« an der Elbchaussee erfolgreich vorgemacht, soll der Senat auf Kosten der Eigentümerin eine sogenannte Ersatzvornahme nach dem Denkmalschutzgesetz vornehmen. Aufgabe des Senats ist aus Sicht der Linken, das Denkmal und nicht die Eigentümerin zu schützen. Der Antrag wurde abgelehnt. Stattdessen wurde ein Antrag der Regierungskoalition angenommen, in dem u.a. der Senat ersucht wird, das Gutachten der Öffentlichkeit und der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte zur weiteren Beratung zugänglich zu machen und das Denkmalschutzamt zu bitten, nach Auswertung der gutachterlichen Stellungnahme zu prüfen, ob die Einleitung von Erhaltungsmaßnahmen erforderlich ist. Das neueste Gutachten zur Bausubstanz, das von der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen in Auftrag gegeben wurde, kommt zu dem Fazit: Die Schiller-Oper kann gerettet werden, ist aber in einem schlechten Zustand.

Was kann die Bezirkspolitik nun machen? Hatten wir zu Beginn der Legislaturperiode 2014 noch einen Kultur- und Denkmalschutzausschuss, in dem das Thema auch auf der Tagesordnung stand, wurde im Januar 2016 der Denkmalschutz auf den Stadtplanungsausschuss übertragen. Dort wurden seitdem aber nie Denkmalschutzthemen auf die Tagesordnung gesetzt. Stattdessen kam die SPD/Grüne-Koalition im Bezirk auf die Idee, diesen Ausschuss mit dem Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung zu verschmelzen, um das Senatsprojekt »Stromaufwärts an Elbe und Bille« voranzutreiben, das bekanntlich nichts mit Denkmalschutz zu tun hat (siehe dazu auch S. 4ff. in dieser »Mittlinks«). Das Fazit für die Bezirkspolitik ist praktisch, dass wir feststellen müssen, dass der Denkmalschutz »erfolgreich« aus der Bezirkspolitik entfernt wurde.

DIE LINKE fragt den Bezirksamtsleiter nun: Was ist von dem Beschluss der Bürgerschaft zu erwarten, der ja den Senat ersucht, das Gutachten der Öffentlichkeit und der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte zur weiteren Beratung zugänglich zu machen? An welcher Stelle »dürfen« wir Bezirkspolitiker denn nun mitberaten?

Heike Sudmann, Wohnungs-, stadtentwicklungs- und verkehrspolitische Sprecherin der Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE, und **Tilman Rosenau**, Kultur- ausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte

**Denkmal-
schutz fak-
tisch aus
Bezirkspoli-
tik entfernt**

Unsere Mitglieder in den Ausschüssen und Beiräten der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte

21

Stand: Juli 2018

Hauptausschuss

1. Mitglied: Christine Detamble-Voss
2. Mitglied: Stefan Dührkop

Jugendhilfeausschuss

- Mitglied: Christine Detamble-Voss
Zugewählte Bürgerin:
Anja Post-Martens

Bauausschuss

1. Mitglied: Steffen Leipzig
 2. Mitglied: Bernhard Stietz-Leipzig
- Ständiger Vertreter: Roberto Politz
Ständige Vertreterin: Sandra Clemens

Stadtplanungsausschuss Süd/West

1. Mitglied: Steffen Leipzig
 2. Mitglied: Stefan Dührkop
- Ständiger Vertreter:
Michael Czerwinski
Ständige Vertreterin: Theresa Jakob

Stadtplanungsausschuss Ost

1. Mitglied: Maureen Schwalke
 2. Mitglied: Steffen Leipzig
- Ständiger Vertreter: Alexander Götz
Ständiger Vertreter:
Robert Biancofiore

Kulturausschuss

1. Mitglied: Ina Morgenroth
 2. Mitglied: Bernhard Stietz-Leipzig
- Ständiger Vertreter: Tilman Rosenau
Ständiger Vertreter: Roberto Politz

Umwelt- und Verkehrsausschuss

1. Mitglied: Maureen Schwalke
 2. Mitglied: Manfred Schubert
- Ständige Vertreterin: Eva Rozanski
Ständiger Vertreter:
Robert Biancofiore

Ausschuss für Soziales, Inklusion und Sport

1. Mitglied: Ina Morgenroth
 2. Mitglied: Tim Eckbrett
- Ständige Vertreterin:
Christine Detamble-Voss
Ständiger Vertreter: Stefan Dührkop

Cityausschuss

1. Mitglied: Christine Detamble-Voss
 2. Mitglied: Steffen Leipzig
- Ständige Vertreterin: Ina Morgenroth
Ständige Vertreterin: Theresa Jakob

Regionalausschuss Finkenwerder

1. Mitglied: Stefan Dührkop
 2. Mitglied: Kerstin Fremder-Sauerbeck
- Ständiger Vertreter:
Christian Sauerbeck

Unterausschuss Bau des Regional- ausschusses Finkenwerder

- Mitglied: Stefan Dührkop
Ständige Vertreterin:
Kerstin Fremder-Sauerbeck

Regionalausschuss Wilhelmsburg/ Veddel

1. Mitglied: Stefan Dührkop
 2. Mitglied: Christine Wolfram
- Ständiger Vertreter: Manfred Schubert
Ständige Vertreterin: Stephanie Rose

Unterausschuss Bau des Regional- ausschusses Wilhelmsburg/Veddel

- Mitglied: Manfred Schubert
Ständige Vertreterin:
Christine Wolfram

Regionalausschuss Billstedt

1. Mitglied: Maureen Schwalke
 2. Mitglied: Tilman Rosenau
- Ständiger Vertreter: Wolfgang Strauß
Ständiger Vertreter: Bernd Forkel

22 **Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Billstedt**

Mitglied: Maureen Schwalke
Ständiger Vertreter: Wolfgang Strauß

Regionalausschuss Horn/Hamm/Borgfelde/Rothenburgsort

1. Mitglied: Tim Eckbrett
2. Mitglied: Marion Fisch
Ständiger Vertreter: Harald Singler
Ständige Vertreterin: Sandra Clemens

Unterausschuss Bau des Regionalausschusses Horn/Hamm/Borgfelde/Rothenburgsort

Mitglied: Tim Eckbrett
Ständige Vertreterin: Sandra Clemens

Beteiligungsgremien:

Entwicklungsraum Billstedt/Horn Forumsbeirat)

Willi Mittelstedt

Quartier I – Schiffbeker Berg/Legiencenter/Washingtonring

Bernd Forkel

Quartier II – Jenkelweg/Archenholzstraße

Wolfgang Strauß
Vertreterin: Maureen Schwalke

Billstedt S 3 – Mümmelmannsberg

Maureen Schwalke
Vertreter: Wolfgang Strauß

Osterbrookviertel

Marion Fisch

Münzviertel

Steffen Leipnitz
Vertreter: Bernhard Stietz-Leipnitz

Horner Geest – Nachsorge

Tim Eckbrett

Marckmannstraße – Nachsorge (Stadtteilrat Rothenburgsort)

Bernhard Stietz-Leipnitz

St. Georg-Mitte

Steffen Leipnitz
Vertreterin: Ina Morgenroth

St. Pauli-Nord S 3 – Karolinenviertel (Kernbereich)

Theresa Jakob
Vertreter: Bela Rogalla

St. Pauli – Wohlwillstraße

Verena Brachvogel

Stadtteilbeirat Veddel – Nachsorge

Stefan Dührkop
Vertreter: Michael Czerwinski

Bürgerforum Hafencity

Tim Eckbrett
Vertreterin: Christine Detamble-Voss

Wilhelmsburg Beirat für Stadtteilentwicklung

Jürgen Olschok
Vertreterin: Christine Detamble-Voss



Sie erreichen die Abgeordneten und zubenannten Bürger*innen über die Geschäftsstelle der Bezirksfraktion DIE LINKE Hamburg-Mitte



Die LINKE in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte (Stand Juli 2018):

Bezirksfraktion:

Christine Detamble-Voss (Vorsitzende)

christine.detamble-voss@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Stefan »Teddy« Dührkop (Stellvertretender Vorsitzender)

stefan.duehrkop@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Tim Eckbrett tim.eckbrett@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Steffen Leipnitz steffen.leipnitz@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Ina Morgenroth ina.morgenroth@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Tilman Rosenau (Geschäftsführer)

tilman.rosenau@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Maureen Schwalke maureen.schwalke@linksfraktion-hamburg-mitte.de

DIE LINKE.

Fraktion in der
Bezirksversammlung
Hamburg-Mitte

Borgfelder Straße 83
20537 Hamburg
Telefon 28 57 69 08
Fax 28 57 69 09

www.linksfraktion-hamburg-mitte.de
fraktion@linksfraktion-hamburg-mitte.de

**Eine Stadt für alle!
Mietenwahnsinn stoppen!**

Öffnungszeiten des Büros:

Mo. - Do. 10.00 - 15.00 Uhr

oder im **Büro Wilhelmsburg/Veddel:**

Georg-Wilhelm-Straße 7 a

Tel.: 0 40 - 35 84 40 35 · Fax: 0 40 - 35 84 40 36

Kontakt:

Bezirksfraktion DIE LINKE Hamburg-Mitte
Borgfelder Straße 83
20537 Hamburg

Tel.: (040) 285 769 08
Fax: (040) 285 769 09

Fraktion@linksfraktion-hamburg-mitte

DIE LINKE.
Fraktion in der
Bezirksversammlung HH-Mitte

MITTLINKS ist eine Broschüre der Bezirksfraktion DIE LINKE in Hamburg-Mitte.
Die Broschüre wird kostenlos abgegeben.

V.i.S.d.P.: Tilman Rosenau

Auflage: Juli 2018, 1.000 Stück

Satz und Layout: Marion Fisch

Titelfoto: »Mietenmove«, 2.6.2018 (Foto: Michael Joho)